Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,550.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die 4spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 47. Freitag den 16. Februar 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Holzauction.

Montag, den 19. Februar dss. Js. sollen von Vormittags 9 Uhr an im **Forstrevriere Rosenthal** am Rosenthalther

a. **gegen die übliche Anzahlung:**
25 Eichen-, 4 Buchen-, 11 Rüstern-, 1 Linden-, 2 Eschen-, 2 Maßholder- und 30 Eller-**Nutzklötze,**
sowie 27 Stück **Schirrhölzer,**

b. **gegen sofortige Baarzahlung von ¼11 Uhr an** an der Friedenseiche 13¼ Rmtr. Eichen-**Nutzscheite,** 86 Rmtr. Eichen-, 5 Rmtr. Buchen-, 4 Rmtr. Rüstern- und 4 Rmtr. Maßholder-**Brennscheite**

und unter den öffentlich im Termine ausgehangenen Bedingungen meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: um 9 Uhr am Rosenthalther und ¼11 Uhr an der Friedenseiche.

Leipzig, den 9. Februar 1883.

Des Raths Forstdeputation.

Königl. Akademie der bildenden Künste und Kunstgewerbeschule zu Leipzig.

Frequenz des laufenden Semesters 232 Schüler.
Die Studien im Sommerhalbjahr 1883 beginnen
Dienstag, den 3. April a. c.,
die Tageszeit früh 7 Uhr,
die Abendzeit um 5 Uhr.

Nachdem das hohe Königliche Ministerium des Innern in Würdigung des aus den örtlichen Verhältnissen sich ergebenden Lehrbedürfnisses die bisher noch bestandenen Vacanzen im Collegium durch Berufung von Lehrern für Aquarell-, Porzellan- und Glasmalerei aufgehoben und demgemäß eine bedeutende Erweiterung und Vermehrung der Studienräume stattgefunden hat, ist neben den theoretischen Unterricht durch Einrichtung von Meisterwerkstätten für die verschiedenen Kunst- und Kunstgewerbegebiete zugleich die praktische Ausbildung ermöglicht.

Anmeldungen zur Aufnahme sind in der Zeit vom 26. Februar bis mit 10. März a. c. in der Expedition der Kunstakademie, westl. Flügel der **Pleißenburg, 2. Stage,** Nachmittags zwischen **4 und 5 Uhr** zu bewirken.

Leipzig, den 12. Februar 1883.

Der Director:
Nieper.

Nicolaigymnasium.

Die für die unterste Classe (Sexta) angemeldeten Knaben werden hierdurch aufgefordert, sich Sonnabend den 17. Februar zeitig 8 Uhr, mit Schreibmaterialien und **ihrer letzten Schulcensur** versehen, **zur Aufnahmeprüfung** einzufinden.

Das Receptionsexamen für die Classen Quinta bis Prima findet am 2. April von 8 Uhr ab statt.

Leipzig, den 9. Februar 1883. Dr. Theodor Vogel.

Thomasschule.

Die Prüfung der für Sexta angemeldeten Schüler findet Donnerstag, den 1. März, früh 8 Uhr statt.

Leipzig, am 15. Februar 1883.

Dr. Jungmann.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Naturalienbedarfs des Garnison-Lazareths Leipzig vom 1. April 1883 bis Ende März 1884 soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Der angeführte Bedarf beträgt nach Centnern: Roggenbrod 250, Semmeln 30, Bohnen, Erbsen, Linsen je 12, Nudeln, Grünpichen, Reis und Roggenmehl je 10, Gries (Buchweizen- und Weizen-) je 7, Grütze (Gersten- und Hafer-) je 8, Hirse und Speisesalz je 15, Rindfleisch 110, Hammel- und Schweinefleisch je 15, sowie etwas Kalbfleisch und Schinken, ferner 130 Hektoliter Braunbier und 2000 Poet. bayerisch Bier, inländisches Gebräu.

Unternehmer wollen die Bedingungen einsehen und unterzeichnen und dann Offerten, verschlossen mit der Aufschrift „Naturalienlieferung" versehen, **bis 20. Februar 1883,** früh ½11 Uhr, portofrei daher einsenden.

Leipzig, 11. Februar 1883.

Königliches Garnison-Lazareth.

Gemeinde Stötteritz. Bekanntmachung.

Das Amt des Gemeindevorstandes in Verbindung mit dem Standesamte, mit einem jährlichen Gehalte von 1500 ℳ, ist neu zu besetzen.

Geeignete, im Verwaltungsfache erfahrene Bewerber, welche eine Caution von 2000 ℳ zu stellen vermögen und es sich zur Aufgabe machen, ihre ganze Zeit und Kraft der Gemeinde zu widmen, wollen ihre Gesuche unter Anführung des bisherigen Lebenslaufs, sowie näherer Verhältnisse bis zum 1. März d. J. daher einreichen.

Stötteritz, den 13. Februar 1883.

Der Gemeinderath.
J. V.: H. Bernhardt, Gem.-Aest.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns M. Landsberg zu Frankenstein in Schlesien wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 16. November 1882 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 28. November 1882 bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Frankenstein, den 9. Februar 1883.

Königliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Theil.

Der Fall Kaminski.

Eines Tages — es war zu Anfang des laufenden Monats — verbreitete sich im österreichischen Abgeordnetenhause die Kunde, daß der Abgeordnete v. Kaminski den Baron Schwarz auf Zahlung von 625,000 Gulden Provision verklagt habe. Man forschte dem Geschäft nach, auf Grund dessen diese erhebliche Forderung geltend gemacht wurde, und erfuhr, daß die Summe für gewisse unschätzbare, aber nicht näher bezeichnete Dienste zu zahlen sei, durch welche Herr von Kaminski dem Baron Schwarz den Bau der galizischen Transversalbahn verschafft habe. Die Höhe der Kaufsumme belief sich auf 21 Millionen Gulden. Daß dieses Geschäft ungewöhnlicher Art sei, leuchtete den Abgeordneten ein, man fragte sich, welcher Art denn die unschätzbaren Dienste des Ritters v. Kaminski sein könnten und kam zu dem Ergebniß, daß die Provision das Entgelt für die Bemühungen bilden sollte, welche Herr v. Kaminski bei den Vertretern der Regierung aufgewendet hatte, um die Uebertragung des Baues an Baron Schwarz zu erzielen. Herr v. Kaminski war der Ansicht, daß bei einem so bedeutenden Geschäft auch für ihn etwas Erkleckliches abfallen müsse, und als Baron Schwarz nicht gutwillig zahlte, verklagte er ihn.

Herr v. Kaminski war Mitglied des Polenclubs. Dieser Club fühlte sich bewogen, die Handlungsweise seines Mitgliedes einer Kritik zu unterziehen und kam nach eingehender Berathung zu dem Schluß, daß Herr v. Kaminski nicht ferner dem Club angehören könne, daß er vielmehr auszuschließen sei. Nun war aber noch ein anderes Mitglied des Polenclubs in die Sache verwickelt, ein Rechtsanwalt, Namens Wolski, welcher die Führung des Processes gegen den Baron Schwarz übernommen hatte. Dieser kam etwaigen Schritten, welche der Polenclub auch gegen ihn unternehmen könnte, zuvor, trat aus dem Club aus und beide Abgeordnete entschlossen sich dann kurz, auch ihre Mandate als solche niederzulegen. Soweit war die Angelegenheit für die beiden Herren erledigt, aber noch nicht für das Abgeordnetenhaus und die Regierung. Die Volksvertretung nahm an der peinlichen Angelegenheit zwischen den Herren v. Kaminski und v. Schwarz nur sehr oberflächlichen Antheil, ihr kam es darauf an, der Natur des Geschäfts, für welches die Provision verlangt wurde, auf den Grund zu kommen und deshalb beschloß die rechte Seite des Hauses, zu welcher die Mitglieder des Polenclubs gehören, an das Ministerium eine Interpellation zu richten: 1) ob sie eine Untersuchung über das Geschäft, welches der Klage zu Grunde liegt, anstellen und dem Hause seiner Zeit über das Resultat Mittheilung machen werde, 2) welche Gründe sie dazu bestimmt haben, den Bau der galizischen Transversalbahn einem Generalunternehmer zu übertragen, statt die Bahn selbst zu bauen oder die Bauarbeiten im Einzelnen zu vergeben; die Antwort, welche der Handelsminister Baron Pino in der Sitzung vom 10. Februar auf diese Anfragen ertheilte, wurde kalt und schweigend aufgenommen, sie ließ gänzlich unbefriedigt, denn der zweite Theil der Anfrage blieb so gut wie unbeantwortet, der Minister beschränkte sich darauf, die Vortheile des Baus durch einen Generalunternehmer auseinanderzusetzen. Daß die Untersuchung angestellt werden würde, war, nachdem was geschehen, selbstverständlich, die Bejahung der ersten Frage war also nur eine leere Form.

Jetzt rückte aber der Abgeordnete Kopp als der Vertreter der linken Seite des Hauses der Regierung auf den Leib und erklärte, daß man nicht Untersuchungsrichter und Angeklagter in einer Person sein könne, es müsse deshalb ein Ausschuß eingesetzt werden, welcher auch die Mitglieder der Regierung zur Verantwortung ziehen könne. Ministerpräsident Graf Taaffe erwiderte darauf, daß die Verfassung in dem hier vorliegenden Falle die Anklage vor dem Staatsgerichtshof als Mittel gewähre, vor diesem würden die Mitglieder Rede stehen. Gerade der Fall, welchen Graf Taaffe bezeichnete, liegt aber, wie der Abgeordnete Kopp treffend ausführte, nicht vor, denn es handelt sich nicht um eine Gesetzesverletzung, sondern um eine Handlungsweise, deren Werth oder Unwerth vor dem Richterstuhl der Moral zu entscheiden ist. Fast das ganze Abgeordnetenhaus stimmte dem Abgeordneten Kopp bei, denn bis auf drei Czechen nahmen sämmtliche Abgeordnete den Antrag Kopp auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 15 Mitgliedern an.

Kleine Ursachen, große Wirkungen! hätte Herr v. Kaminski seinen vermeintlichen Provisionsanspruch an Baron Schwarz privatim zum Austrag gebracht, statt ihn vor Gericht geltend zu machen, so würde der Bau der galizischen Transversalbahn vermuthlich durch das Consortium Schwarz ausgeführt worden sein, ohne daß sich das Abgeordnetenhaus darum weiter gekümmert hätte, jetzt hat es aber erkannt, daß hier etwas nicht in Ordnung sei, und allem Anschein nach wird die Untersuchung Dinge zu Tage fördern, von denen sich bisher die meisten Abgeordneten nichts träumen ließen.

Auch Baron Schwarz hat sich beeilt, das Material zur Führung der Untersuchung zu vergrößern. In einem Schreiben an die „Neue Freie Presse" hat er mitgetheilt, daß ihm das Bauconsortium zur Bestreitung der nöthigen Voranslagen den Betrag von 630,000 Gulden bei dem Banquier des Unternehmens, der österreichischen Länderbank, angewiesen habe, er fügt auch hinzu, daß er 355,000 Gulden davon verausgabt und den Rest von 275,000 Gulden noch reservirt habe; endlich erklärt er sich bereit, über die gemachten Ausgaben Rechnung zu legen. Wie kommt Baron Schwarz dazu, derartige Privatangelegenheiten der Oeffentlichkeit zu übergeben? Man wird dadurch zu der Vermuthung geführt, daß zwischen den 625,000 fl., welche Herr v. Kaminski als Provision beansprucht, und zwischen den 630,000 fl., welche Baron Schwarz von der Länderbank erhoben hat, ein Zusammenhang besteht und daß die letztgenannte Summe mit dem Gelde identisch ist, welches Herr v. Kaminski für seine Bemühungen verlangt. Der Untersuchungsrichter, welcher sich bereits mit der Sache beschäftigt, hat deshalb eine Commission ernannt, welche die Bücher der Länderbank zu prüfen hat, um daraus die Natur der für die Zwecke des Baus der galizischen Transversalbahn geleisteten Ausgaben zu ermitteln.

Aus den Erklärungen des Baron Pino auf die Interpellation der Abgeordneten Lichtenstein und Genossen erhellt, daß die Haltung der Beamten in Bezug auf diese bedenkliche Generalunternehmung geprüft werden soll, die öffentliche Meinung hegt also Verdacht, daß der Auftrag zum Bau durch Bestechung von Beamten erlangt worden ist.

Welches Chaos breitet sich hier vor den Blicken der Welt aus? Regierung, Abgeordnete, Banken, Bauunternehmer, Alle vereinigen sich zu einem Unternehmen höchst bedenklicher Natur, durch welches einzelnen Personen moralisch unerlaubte Vortheile zugewendet und die Gesammtheit geschädigt wird. Der Fehler liegt offenbar am System, an welchem in Oesterreich Alles krankt, an den ungesunden Finanzverhältnissen, bei welchen die allermeisten Unternehmungen durch die dritte, vierte Hand gehen, bevor sie am rechten Ende angefaßt werden. Es herrscht eine Unordnung und eine Verschleierung des wahren Sachverhalts in den meisten Zweigen der Staatsverwaltung, daß weder die an der Spitze der Verwaltung stehenden Personen, noch die Abgeordneten in der Lage sind, sich von dem Stande der Finanzen ein richtiges Bild zu machen. Einer sucht immer hinter dem Andern Deckung, alle wollen sich bereichern und deshalb wird Alles nur halb und schlecht gemacht. Das ist ja der Grund, warum die Volksvertretung an der Generalentreprise Anstoß nimmt. Bei dieser ist eine Controle noch weniger möglich, als wenn die Regierungsorgane selbst den Bau leiten oder wenn sie einzelne Bauloose austheilen, deren Entwickelung vom Beginn bis zum Ende der Arbeit genau und ohne besondere Schwierigkeit verfolgt werden könnte. Es mag allerdings für die Regierung bequemer sein, den Bau einem Unternehmer zu übertragen, aber dann hat sie später auch die Verantwortung für die Qualität des Baues zu übernehmen. Diese Verhältnisse sind schon so oft und ausführlich zur Sprache gekommen, in Preußen zur Zeit der Stroudberg'schen Unternehmungen, daß man in Oesterreich ganz genau wissen mußte, wie bedenklich ein solches Unternehmen ist. Die Regierung hat sich trotzdem darauf eingelassen und hat es sich nur selbst zuzuschreiben, wenn ihr daraus die größten Unannehmlichkeiten erwachsen. Hoffentlich wird die liberale Partei den politischen Gewinn aus der gegenwärtigen Verwirrung ziehen und dann ist Aussicht vorhanden, daß es bereinst besser wird.

Leipzig, 16. Februar 1883.

* **Aus dem Reichstage** wird uns vom Mittwoch geschrieben: „Im Reichstage wurde heute die dritte Lesung des Etats begonnen. Zunächst kam Abg. Richter auf die am Montag vom Kriegsminister gehaltene Rede zurück und trat nochmals für die Heranziehung der Officiere zur Communalbesteuerung ein. Im Uebrigen forderte er in demselben scharfen Tone, den er wiederholt in letzter Zeit der Militairverwaltung anzuschlagen beliebte, Sparsamkeit, indem er wiederum die Frage der Officiersessnot, der Garde du Corps, der Pensionirung der Officiere und Anderes aufs Tapet brachte, wodurch in hohem Grade der Widerspruch auf der rechten Seite des Hauses geweckt wurde. In Herrn v. Schorlemer-Alst regte sich der alte Officier; er erinnerte daran, wie er im Jahre 1849 unter dem Prinzen von Preußen gegen die Revolution gekämpft und ging wohl in der Zurückweisung Richter's zu weit, indem er ihm schließlich, weil der Führer der Fortschrittler nicht Soldat gewesen, überhaupt die Berechtigung zur Besprechung militairischer Fragen bestritt. Diese Blöße des ultramontanen Freiherrn benutzte Herr Richter mit der an ihm bekannten Geschicklichkeit und erwiderte mit der Gegenfrage, ob Herr v. Schorlemer etwa weniger berechtigt sei, die dem Parlamente vorgelegten Gesetze zu kritisiren, weil er nicht Jura studirt habe. Nachdem die Herren v. Kardorff und v. Minnigerode Herrn v. Schorlemer ihren Beistand geleistet, wurde in die Specialdebatte eingetreten, welche, wie es in der Natur der Sache liegt, eine Discussion über die verschiedensten Gegenstände zu Tage förderte. Der Abg. Lingens wünschte von den Fabrikinspectoren eine strengere Aufsicht in Bezug auf das Innehalten der Sonntagsruhe, der Abg. Möller beklagte, daß in den Militairmagazinen zu viele Soldatenstiefeln vorhanden seien, Abg. Dr. Thilenius sprach in recht belehrender Weise über Wetterprognose und empfahl verschiedene Verbesserungen im Geschäftsgange der Seewarte und auch dem Abg. Reichensperger (Crefeld) fehlte es nicht an Stoff. Der Freund der Gothik kritisirte diesmal beim Etat der Reichsschuld die wenig künstlerische Ausstattung der Reichscassenscheine, beklagte die zu warme Bekleidung der Damen auf den Fünfzigmarkscheinen und die „Nuditäten" auf den Zwanzigmarkscheinen. Im Ganzen boten die Ausführungen des freundlichen Herrn so viel Stoff zur Heiterkeit, daß der Ernst der Etatsberathung auf einige Zeit in den Hintergrund trat. Denn vorher war von recht ernsten Dingen die Rede gewesen. Zunächst hatte der Abg. Richter beim Etat des Reichsheeres in Anknüpfung an einen kürzlich vorgekommenen Fall die große Zahl der Selbstmorde in der Armee zur Sprache gebracht und die Meinung geäußert, daß dieselben eine Folge von Mißhandlungen im Dienste wären, eine Auffassung, welcher sowohl der Kriegsminister als auch der Abg. Stöcker, dieser auf Grund seiner Erfahrungen als Militairseelsorger, entgegentraten. Auch die Frage der Auswanderung deutscher Arbeiter nach den Sandwichs-Inseln gelangte zur Erörterung, ohne daß man indeß über die dortigen Verhältnisse ein klares Bild zu gewinnen vermochte, da die Abgg. Kopp, Dohrn und Barth, alle drei Secessionisten, in dieser Frage durchaus verschiedener Meinung waren. — Die Holzzollvorlage wird erst nach Ostern zur ersten Lesung kommen."

* Die „Nationalzeitung" schreibt: „Der Geburtstag unseres Kaisers fällt in diesem Jahre wiederum, wie dies bereits mehrfach, zuletzt im Jahre 1880, der Fall war, in die Charwoche, und zwar auf den Gründonnerstag. Die Feier des hohen Festtages für das deutsche Volk, an welchem der Monarch sein 86. Lebensjahr vollendet, wird dadurch insofern beeinträchtigt, als die sonst übliche Illumination der Gebäude, wie dies auch in den früheren gleichartigen Fällen geschehen ist, wird unterbleiben müssen. In früheren Jahren hat auch eine Verlegung der officiellen Festessen stattgefunden und sind dieselben am letzten Tage der vorhergehenden Woche abgehalten worden. Der Empfang der Gratulanten erfolgte am Palmsonntag."

* Wie schon erwähnt, erklärt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß das von der „N. Pr. Ztg." ausgegangene Gerücht, der Kriegsminister Kameke habe um seine Entlassung gebeten, jeder Begründung entbehre. Letzteres wird nun der „N. A. Z." mit dem Bemerken bestätigt, daß im Besonderen die Quelle jener Mittheilung überrasche, da es derselben an Gelegenheit zu besserer Information nicht fehlen könne und man dort mindestens eben so gut wie anderswo hätte erwägen müssen, daß es bei uns weder im Frieden noch im Kriege Sitte sei, eine Position während des Kampfes zu verlassen. — Zur Sache wird uns aus Berlin geschrieben: „Es ist notorisch, daß Herr v. Kameke Sr. Majestät sein Gesuch um Entlassung eingereicht hat, und daß dasselbe einstweilen nicht angenommen worden ist. Außer der Frage der Communalbesteuerung der Officiere soll, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, noch ein anderer Differenzpunct vorgelegen haben. Der Kaiser soll, wie man erzählt, eine Aenderung an der Uniformirung der Gardes du Corps gewünscht haben, welche Herr v. Kameke nicht befürwortete. Dies soll bereits vor einigen Wochen gewesen sein und der Kaiser später von seiner Idee wieder zurückgekommen sein. Wiederum wird auch erzählt, daß in höheren militairischen Kreisen Herrn v. Kameke's Auftreten gegenüber den Angriffen des Herrn Richter nicht scharf und „schneidig" genug erschienen ist; ja, es wird sogar bereits als Nachfolger des Herrn v. Kameke der General-Lieutenant v. Voigts-Rheetz, jetzt Divisionscommandeur, bis vor zwei Jahren Director im Kriegsministerium, genannt, welcher als vorzüglicher Redner bekannt ist. Alle diese Gerüchte gebe ich nur mit der größten Reserve wieder. Von anderer Seite wurde sogar erzählt, daß nur die Durchberathung des Etats abgewartet werden soll, daß der Kaiser keineswegs geneigt ist, die Communalbesteuerung des Privatvermögens der Officiere zuzulassen und er entschlossen sei, falls der Reichstag die Annahme des Militairpensionsgesetzes von dieser Bedingung abhängig mache, die Auflösung desselben zu decretiren. Wie gesagt, vermag ich für keine dieser Lesarten eine Bürgschaft zu übernehmen, halte es aber doch als gewissenhafter Chronist für meine Pflicht, wenigstens dieser Gerüchte Erwähnung zu thun — während ich andere noch zurückhalte." — Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: „Ueber die Krisis im Kriegsministerium" war heute wenig Neues zu erfahren. Das Abschiedsgesuch des Herrn von Kameke, wenn ein solches, was sehr bestritten wird, überhaupt eingereicht war, ist vorläufig jedenfalls zurückgenommen, und die Entscheidung bis zur Wiederaufnahme der Berathungen über das Militairpensionsgesetz nach Ostern vertagt. In Reichstagskreisen hält man an der Erwartung fest, daß sich eine Verständigung erzielen lassen werde."

* Die jüngste Nummer der „Provinzial-Correspondenz" beschäftigt sich in ihrem ersten Artikel mit der Haltung der Fortschrittspartei bei der Berathung des Militairetats und des Pensionsgesetzes. Die dort erhobenen Beschuldigungen bleiben auf dem gewöhnlichen Niveau der officiösen Presse. Die Kriegsverwaltung beklage oft den Mangel an Officiersaspiranten, während die Fortschrittspartei die Mittel verweigert, um die Thatsache, daß nicht alle Officiere über die Majorsecke hinauskommen können, weniger empfindlich zu machen. Wir sind gewiß keine Freunde der unfruchtbaren Opposition und haben nicht nöthig erst zu versichern, daß wir die ganze Art des Auftretens der Fortschrittspartei auch bei den diesmaligen Debatten über den Militairetat durchaus nicht billigen. Indessen hätten wir doch gewünscht, daß uns das amtliche Blatt eine Aufklärung darüber gebracht hätte, weshalb an der sogenannten Majorsecke grade die bürgerlichen Officiere am meisten scheitern. Die „Nordd. Allg. Ztg." nennt das fortschrittliche Verfahren einen Angriff in die Rechte der Krone, und die „Prov.-Corresp." bezeichnet in einem zweiten Artikel in derselben Weise den Majoritätsbeschluß auf Vertagung des preußischen Abgeordnetenhauses bis zur Beendigung der dringendsten Reichstagsarbeiten.

* **Aus Regierungskreisen wird bereits jetzt angekündigt, daß der einzubringende Reichsetat pro 1884—85 genau mit dem jetzt abgelehnten übereinstimmen werde. Man hält das für nothwendig, um der Opposition zu beweisen, daß der Etat ebenso gut ein Jahr früher hätte aufgestellt werden können. Indeß wird man sich hüten müssen, aus einem derartigen einmaligen Factum irgend welche Schlüsse auf dauernde Zustände zu ziehen. Es ist sehr wohl möglich, um des „höheren Zweckes" der zweijährigen Etatsperiode willen alle bis zum nächsten Jahre hervortretenden speciellen Bedürfnisse pro 1884—85 auf ein Jahr zurückzudrängen, um die calculatorische Richtigkeit der ein Jahr früher vorgelegten Etats zu beweisen, ob das aber für die Dauer möglich sein wird, ist dadurch in keiner Weise dargethan.**

* **Was den in ultramontanen Blättern veröffentlichten Brief des Papstes betrifft, so ist man in Berliner, der Regierung nahe stehenden Kreisen der Ansicht, daß die Wiedergabe des Inhalts in keiner Weise zutreffend sei. Im Uebrigen glaubt man, daß das Schreiben des Cardinals Jacobini, welches den Kern der Frage behandle, noch gar nicht eingetroffen ist.**

* **Gegen den Antrag des Fürsten Hatzfeldt über die Besteuerung der Börse** ist die erste Petition und zwar aus Frankfurt a. M. eingegangen. In derselben wird besonders ausgeführt, daß die Annahme des Antrags die kleineren Börsen sehr hart treffen und ein Monopol für die großen Börsenplätze schaffen würde.

* Nach der „Gaceta Narodowa" wäre in der russischen Gouvernementsstadt Twer eine nihilistische Buchdruckerei entdeckt worden, in Folge dessen die Polizei über zwanzig Verhaftungen vorgenommen habe. Die revolutionären Schriften, welche in der Druckerei hergestellt wurden, sollen durch die Vermittelung eines nihilistischen Postbeamten nach Petersburg geschickt worden sein. Der Postbeamte hat sich, um der Verhaftung zu entgehen, erschossen.

* Die Frage der dänischen Optanten dürfte, wie uns aus zuverlässiger Quelle versichert wird, dahin entschieden werden, daß die Frist, in welcher sich die Nordschleswiger zu entscheiden haben, verlängert und wahrscheinlich eine Bedenkzeit von zwei Jahren zugestanden werden wird. Dieser Vorschlag soll vom Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein gemacht und durch den Minister des Innern dem Staatsministerium zur Annahme empfohlen worden sein.

* Nach einer uns aus Rom zugehenden Mittheilung hat die Feststellung des Termines für die russische Kaiserkrönung das italienische Cabinet veranlaßt, der Frage der Besetzung des vacanten Postens eines italienischen Botschafters in St. Petersburg ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Ernennung des Nachfolgers des Cavaliere Nigra soll noch im Laufe dieses Monats erfolgen, und zwar ist zunächst der Botschafter in Konstantinopel, Graf Corti, in Aussicht genommen, dessen bevorstehende Ankunft in Rom erwartet wird, um ihm den Tausch seines bisherigen Postens gegen den in St. Petersburg anzutragen. Für den Fall, daß Graf Corti, der sich in der türkischen Hauptstadt einer sehr einflußreichen und angenehmen Stellung erfreut, vorziehen sollte, in Konstantinopel zu bleiben, werden entweder der derzeitige Gesandte in München, Graf Barbolani, oder der in Madrid, Graf Greppi, nach St. Petersburg entsendet werden. Die in italienischen Blättern aufgetauchte Meldung von der bevorstehenden Ernennung des ehemaligen Generalsecretairs, Baron Blanc, für den erwähnten Posten entbehrt der Begründung. Baron Blanc gilt als der präsumtive Ersatzmann des Grafen Greppi für den Posten in Madrid, welcher als der erste italienische Gesandtschaftsposten gilt, um so mehr, als der beiderseits gehegte Plan, die gegenseitigen Vertretungen in Rom und Madrid zum Range von Botschaften zu erheben, noch nicht aufgegeben und von spanischer Seite erst kürzlich neu angeregt worden ist.

* Wie aus Mailand gemeldet wird, ist der dortigen Präfectur vor einigen Tagen die Mittheilung zugegangen, daß eine Anzahl Irredentisten und Anarchisten aus

SLUB
Wir führen Wissen.